Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,350.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter d. Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 296. Dienstag den 23. October 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das 38. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 8. künftigen Monats** auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 1212. Bekanntmachung, betreffend den Antheil der Reichsbank an dem Gesammtbetrage des steuerfreien ungedeckten Notenumlaufs. Vom 13. October 1877.
„ 1213. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage von 10,000,000 Mark. Vom 16 October 1877.

Leipzig, den 20. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cernitz.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in der Nacht vom 27. zum 28 October die **Reinigung** des Hochreservoirs der **städtischen Wasserleitung** und vom 29. October ab Nachts die Spülung des Röhrennetzes vorgenommen werden soll.

Leipzig, den 18. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Logis-Vermiethung.

In dem **Universitätsgrundstücke** Ritterstraße Nr. 11 ist die **zweite Etage** des Vordergebäudes, bestehend aus **5 Zimmern, Küche, Keller** und **Bodenraum** sammt **Zubehör**, vom 1. April, nach Befinden auch vom 1. Januar 1878 an auf drei Jahre meistbietend anderweit zu vermiethen.

Miethliebhaber werden hiermit ersucht, in dem hierzu auf

Donnerstag den 25. October d. J. Vormittags 11 Uhr

angesetzten Termine im **Universitäts-Rentamte** (Paulinum) zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben.

Die Auswahl unter den Licitanten, sowie die Entschließung in der Sache überhaupt bleibt vorbehalten.

Leipzig, am 18. October 1877.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde,

welche mit ihrer diesjährigen Steuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert, da eine anderweitige Zahlungsaufforderung nicht mehr stattfindet.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Leipzig, 22. October.

Der preußische Landtag ist unter eigenthümlichen, um nicht zu sagen peinlichen Umständen eröffnet worden. Die Session hatte einen dunklen Schatten vor sich hergeworfen in Gestalt einer Ministerkrisis, die von den officiösen Stimmen erst vertuscht, dann eingeräumt, dann wieder für beendet erklärt wurde, die aber thatsächlich fortbesteht. Der eine Staatsmann, dessen Stuhl zu wackeln begann, wird zwar auch in der neuen Session am Ministertische sitzen; Dr. Achenbach scheint seinen Frieden mit dem Ministerpräsidenten gemacht zu haben und das Portefeuille des Handels ruht wieder in seinen Händen; Niemand aber weiß, auf wie lange. Dagegen ist der Minister des Innern damit beschäftigt, seine Koffer zu packen und im Reisebuche die Schönheiten des Genfer Sees zu studiren, wohin der auf sechs Monate Beurlaubte vorläufig auszuwandern gedenkt. Der Ministerpräsident selbst weilt im fernen Varzin, und der Finanzminister Camphausen, der seine formelle Vertretung übernommen hat, sachlich aber nur wenig in seine Pläne eingeweiht sein dürfte, ist nicht im Stande, durch irgend ein klares Wort die Verworrenheit der inneren Lage zu erleuchten. Bismarck trägt sich mit großen Reformideen! so wird uns verkündet. Wohin aber zielen diese? Soll der Staatswagen wieder mehr zurück, soll er kräftiger nach vorwärts gelenkt werden? Ein Gewirr von unklaren und sich widersprechenden Gerüchten antwortet auf diese Fragen, über welche die Thronrede sich ausschweigt. Daraus, daß diese die bereits angekündigte Stockung in der Verwaltungsreform bestätigt, glaubt man auf einen reactionairen Umschwung schließen zu müssen. Es ist uns aber bereits gesagt worden, daß diese Stockung nicht den Sinn eines völligen Stillstandes, sondern nur den einer Pause haben soll, nach welcher die Reform dann in um so größerem Stile wieder aufgenommen würde. Es ist angedeutet worden, daß Fürst Bismarck eine gründliche Steuerreform dazwischen werfen, daß er diese dann zur Grundlage für die Fortentwickelung der Selbstverwaltung machen wolle und zugleich die Absicht habe, sich zur Durchführung seiner Reformideen mit frischen Kräften aus dem Parlament zu umgeben. In dieser Beziehung trat besonders der Name des Führers der Nationalliberalen, Herrn v. Bennigsen, in den Vordergrund. Das Gerücht von der beabsichtigten Berufung dieses Parlamentariers in die Regierung war in der That nicht so grundlos, wie es jetzt vielfach dargestellt wird. Es haben in dieser Richtung Unterhandlungen stattgefunden, über welche ein Correspondent der „Schles. Presse" Folgendes zu berichten weiß:

Wenn man die Summe aller umlaufenden Gerüchte zieht, sie an besten Quellen verificirt, und dann das Facit berechnet, so bleibt zunächst so viel, daß Fürst Bismarck bei Herrn v. Bennigsen angefragt hat, ob er eventuell geneigt sei, in das preußische Ministerium zu treten, falls der Kaiser auf jene großen Reformideen einginge, die der Reichskanzler ihm in Bezug auf Steuerreform, Eisenbahnreform, Zollrevision und Gewerbereform als umfassendes Regierungsprogramm demnächst vorzulegen beabsichtigt. So akademisch die Anfrage bei Bennigsen gehalten war, so akademisch mag auch die Antwort gelautet haben und zwar in dem stets an dieser Stelle betonten Sinne, daß Herr v. Bennigsen für sich allein nicht den Eintritt in das Ministerium erstrebe, und daß seine Partei naturnothwendig Anspruch auf eine weitergehende Vertretung in der Executive besitze, falls sie sich — im englischen Sinne — als wirkliche Regierungspartei fühlen solle. Man läßt daher einen anderen hervorragenden nationalliberalen Abgeordneten für das Handelsministerium, Herrn v. Bennigsen aber, falls seine Bedingungen Annahme finden, für das Finanzministerium an Stelle Camphausen's in Aussicht genommen sein, während das Provisorium Friedenthal's im Ministerium des Innern sich schließlich in ein Definitivum verwandeln würde.

Herr v. Bennigsen hat also zunächst die Bedingung gestellt, daß er nicht einseitig ins Ministerium berufen werde, daß vielmehr seine Partei als Ganzes, vielleicht in Verbindung mit der freiconservativen zur Regierung gelange. Ueber seine sachlichen Bedingungen verlautet Nichts. Sie werden jedenfalls auch gestellt worden sein und sich vornehmlich auf die Frage der indirecten Steuern bezogen haben, deren Einführung dem Reichskanzler so sehr am Herzen liegt, während sie in liberalen Kreisen seit jeher erheblichen Bedenken begegnete. Es fragt sich, inwieweit diese Bedenken gehoben sind, und ob ein liberaler Staatsmann es wagen darf, den bei verringerten Einnahmen gesteigerten Staatsbedarf zum Theil aus indirecten Steuern zu decken, ohne seiner Popularität verlustig zu gehen. Wir glauben allerdings, daß dieser Ausweg schließlich wird beschritten werden müssen, und daß es besser ist, er wird mit der liberalen Partei, als über sie hinweg beschritten. In England, dem Musterlande des Parlamentarismus, wird ein großer Theil des Staatsbedarfs durch indirecte Steuern gedeckt. In Deutschland müßten sie freilich erst eingeführt werden oder wieder eingeführt werden, und es ist daher kein Wunder, wenn die Absichten des Reichskanzlers bei ihrem ersten Bekanntwerden auf allgemeine Unlust stießen. Vielleicht wird dieselbe weicher, wenn diese Absichten im Verlaufe der neuen Landtagssession klarer aus ihren Nebeln hervorgetreten sein werden.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 22. October.

Der **Kaiser**, der wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, hat unmittelbar vor seiner Abreise von Frankfurt folgendes Handschreiben an den Oberbürgermeister Mumm gerichtet: „Die Einladung der Stadt Frankfurt, beim Abschluß meines diesjährigen Aufenthaltes im Westen des Vaterlandes einen Tag in ihrem Weichbilde zu verweilen, ist mir ein willkommener Anlaß gewesen, mich persönlich eingehender, als bisher geschehen, von ihren Verhältnissen zu unterrichten. Ich bin um so lieber der Aufforderung gefolgt, als mich die Erinnerung, in Frankfurt meine Laufbahn im öffentlichen Leben begonnen zu haben, in besondere Beziehung zu der alten Kaiserstadt bringt. Der mir hier bereitete überaus freundliche Empfang hat nicht verfehlt, den sympathischen Werth jener Beziehung zu kräftigen. Aus der angenehmen Empfindung, welche die von allen Seiten mir erwiesenen Aufmerksamkeiten in mir erweckt haben, ist mir das Bewußtsein erwachsen, daß Frankfurt nicht aufhört in seiner Verehrung für Kaiser und Reich den Glanz seiner Geschichte zu vertreten. Mit Befriedigung habe ich zugleich beobachtet, daß das Gemeindewesen der Stadt, auf gediegener Grundlage ruhend und den Wohlstand seiner Bewohner wie seine nützlichen Einrichtungen mehrend sich fort und fort glücklich entwickelt. In der Ueberzeugung, daß Frankfurt auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen seine Bedeutung als eine der wichtigsten Städte des Reiches sich zu bewahren weiß, scheide ich mit den aufrichtigen Wünschen für das fernere Wohl seiner Bewohner, indem ich Sie ersuche, ihnen meinen Dank für die genußreiche Gestaltung der unter ihnen verlebten Stunden zu übermitteln."

Die **Thronrede**, mit der am Sonntag der preußische Landtag eröffnet wurde, und die im Auftrage des Königs der Finanzminister Camphausen verlas, hat folgenden Wortlaut:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen.

In der heute beginnenden Sitzungsperiode werden Sie Ihre Thätigkeit nächst der Fürsorge für die finanziellen Bedürfnisse des Staates der Berathung wichtiger Organisationen auf verschiedenen Gebieten des staatlichen Lebens zuzuwenden haben.

Was die Finanzlage betrifft, so ist das Ergebniß des Jahres 1876 ein über Erwarten günstiges gewesen; dagegen ist für das laufende Verwaltungsjahr, der bei Feststellung des Staatshaushalts-Etats gehegten Voraussetzung entgegen, der Matricularbeitrag zum Haushalt des Reiches bedeutend erhöht worden. Es sind ferner einzelne Einnahmezweige hinter demjenigen Maße ihres Erträgnisses, auf welches unter normalen Verhältnissen zu rechnen sein würde, erheblich zurückgeblieben. Andererseits sind für neue Bedürfnisse, namentlich zu einer den Interessen des Landes entsprechenden kräftigen Förderung der noch in großem Umfange nothwendigen öffentlichen Bauten bedeutendere Mittel in Anspruch zu nehmen, als sich unter den erwähnten Verhältnissen darbieten. Aus diesem Grunde und da gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo der Verkehr noch vielfach darnieder liegt, eine ausgedehntere Thätigkeit auf dem Gebiete des Staatsbauwesens mit besonderem Nutzen geübt werden kann, ist eine Verstärkung der verfügbaren Mittel durch außerordentliche Einnahmen in Aussicht genommen.

Neben einem Nachtragsetat für das laufende Verwaltungsjahr werden Ihnen der Staatshaushalts-Etat für das kommende Jahr und der Entwurf eines Anleihegesetzes vorgelegt werden.

Um die in ihren Grundzügen festgestellte und in fünf Provinzen wesentlich durchgeführte Reform der Verwaltungseinrichtungen zunächst in diesem Bereiche zum vollen Abschlusse zu führen, ist eine Abänderung der Städte-Ordnung für diese Provinzen in Aussicht genommen, durch welche die Verwaltung der Städte in Bezug auf die Regelung der staatlichen Aufsicht und die Verwaltungsgerichtsbarkeit in das bisher nur für das platte Land zur Geltung gelangte System der Selbstverwaltung eingefügt und somit ein weiterer Schritt auf dem Wege der Reform gethan werden soll.

Der Entwurf der Wege-Ordnung, welcher mit Rücksicht auf die inzwischen ergangenen Organisationsgesetze einer Revision unterzogen worden ist, wird Ihnen wieder vorgelegt werden.

Die Mängel der bestehenden völlig unzureichenden Gesetzgebung zum Schutze der Felder und Forsten sind schon längst und immer dringender empfunden worden. Es wird Ihnen eine Vorlage zugehen, welche im engen Anschlusse an das Strafrecht des Reiches, sowie im Einklange mit der veränderten Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden die einheitliche Regelung dieser Materie im Sinne eines gesicherten Feld- und Forstschutzes bezweckt.

Die gesetzliche Regelung der Aufbringung der Gemeindeabgaben, welche schon seit langer Zeit als eine ebenso dringende wie schwierige Aufgabe der Gesetzgebung erkannt worden ist, hat durch die gesteigerten Anforderungen an die Leistungen der Communen an dringlicher Bedeutung gewonnen. Der diese Regelung beabsichtigende Gesetzentwurf ist das Resultat sorgfältiger Erhebungen und eingehender Erwägungen: Sie werden demselben Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege wird Ihre Thätigkeit vorzugsweise durch die zur Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes erforderlichen Vorlagen in Anspruch genommen werden.

Der im vorigen Jahre nicht zum Abschlusse gelangte Gesetzentwurf über die Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst wird Ihrer Berathung von Neuem unterbreitet werden.

Meine Herren! Seine Majestät der Kaiser und König haben bei der jüngsten Reise durch mehrere Provinzen der Monarchie von Neuem Gelegenheit gehabt, die erhebendsten Kundgebungen der Treue und Ergebenheit aus allen Kreisen der Bevölkerung entgegenzunehmen und mich zu beauftragen geruht, Allerhöchstdero freudigem Dank für diese Aeußerungen auch an dieser Stelle Ausdruck zu geben.

Die neue Bewährung der innigen Beziehungen zwischen Fürst und Volk erhöht die Zuversicht, daß es der Regierung Seiner Majestät in vertrauensvoller Gemeinschaft mit der Landesvertretung gelingen werde, auch die mannichfachen Schwierigkeiten der jetzigen Zeit zum dauernden Segen unseres Volkes zu überwinden.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich hiermit die Session des Landtages für eröffnet.

Nach Eröffnung der Session brachte der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, ein Hoch auf den Kaiser und König aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Die erste Sitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde am Sonntag um 12¼ Uhr Vormittags vom Präsidenten v. Bennigsen eröffnet, auf dessen Ansuchen das Haus ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Zu Schriftführern wurden berufen die Abgeordneten Haucke, Graf Schmising, Sachse und Lutteroth. Da beim Bureau 233 Mitglieder sich gemeldet, so ist das Haus beschlußfähig.

In conservativen parlamentarischen Kreisen wird ernstlich die Frage ventilirt — und wie versichert wird, sollen einige einflußreiche Mitglieder mit dem Fürsten Bismarck hierüber conferirt haben — ob jetzt nicht die Zeit für eine Auflösung des Abgeordnetenhauses und des Reichstags gekommen sei. Die Herren tragen sich nämlich ernstlich mit der Hoffnung, daß die Neuwahlen ihnen eine Majorität bringen könnten. (??)

Die „Magd. Ztg." bleibt dabei, daß das Verbleiben des Staatsministers v. Stosch an der Spitze der Marineverwaltung nur noch eine Frage der Zeit ist. Wir halten unsere neuliche Mittheilung, schreibt sie, wonach die Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem Chef der Admiralität nicht bessere geworden seien und auf einen Bruch hindrängen, aufrecht, und es stimmen uns Diejenigen bei, die zu erzählen wissen, daß erst neulich wieder ein störender Zwischenfall sich zugetragen hat. Fürst Bismarck wünschte bei seinem letzten Hiersein mit Herrn v. Stosch zu conferiren, weil unter Anderem auch Marine-Etatsfragen zu erledigen waren. Deshalb erging an den Staatsminister v. Stosch die Aufforderung, zu einer mündlichen Rücksprache nach Berlin zu kommen; der Chef der Admiralität entzog sich indeß dem Rencontre mit dem Fürsten, indem er sagen ließ, er wäre nicht dem Kanzler, sondern Sr. Majestät dem Kaiser unterstellt. Dieser Vorgang brachte begreiflicher Weise die Annahme in Fluß, daß bei dem Bestreben des Staatsministers v. Stosch, jedweder persönlichen Berührung mit dem Fürsten auszuweichen, die Uebertragung der Geschäfte des Marineministeriums an einen anderen, er heiße Voigts-Rheetz oder sonstwie, ganz unvermeidlich wäre. Und für Jeden, der Augen hat, liegt es auf der Hand, daß bei so ausgeprägter Entfremdung ein ersprießliches Cooperiren nicht möglich ist. Herr v. Stosch erblickte in der bekannten Kritik des Reichskanzlers über die Etatspolitik der Marineverwaltung eine ihm widerfahrene persönliche Beleidigung, und deshalb erbat er seinen Abschied mit dem Bemerken, er könnte nie wieder mit dem Reichskanzler v. Bismarck zusammen arbeiten. Des Kaisers wohlwollendes Bemühen, die Auffassung des Generals v. Stosch als eine irrthümliche hinzustellen, hatte allerdings den Effect, daß im vorigen Frühjahr die Differenz nicht zum Austrag gebracht wurde und daß Herr v. Stosch zusammen mit dem Fürsten Bismarck im Amt blieb; allein der Erfolg lehrt, daß der damalige Ausgleich besser unterblieben wäre, weil sich ein gutes Einvernehmen doch nicht mehr erzielen läßt. Deshalb gilt das Verbleiben des Herrn v Stosch in seiner jetzigen Stellung nur für eine Frage der Zeit.

In Bezug auf das Befinden des General-Feldmarschalls Grafen v. Wrangel hört die „Nat.-Ztg.", daß derselbe sich erfreulicherweise wieder bedeutend besser befindet; er ist bereits im Stande gewesen, sich einige Zeit etwas vorlesen zu lassen.

Der „Temps" hält seine officiös dementirte Information, daß das Cabinet Broglie-Fourtou am Tage vor Zusammentritt der Kammer zurücktreten werde, durchaus aufrecht und fügt hinzu, daß davon die Rede sei, dann vorläufig ein interimistisches Ministerium ohne ausgesprochene politische Farbe zu ernennen. Dagegen wird seitens des Ministers des Innern energischer als jemals versichert, daß weder der Marschall Mac Mahon noch die Minister nur einen Augenblick daran gedacht hätten, die geringste Concession zu machen oder den Kampf aufzugeben. Anderweitig wird berichtet, daß Broglie, Decazes, Berthaut und Meaux gesonnen seien, zurückzutreten, aber sie hätten dem Marschall erklärt, daß sie auf ihren Posten bleiben würden, so lange er sie nicht selbst für entbehrlich erachte. Wie heute die Sachen liegen, ist mit Bestimmtheit anzunehmen.